



Wanderer
Heute: Oberschlesien im Bild

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der oberschlesische Wanderer erscheint werktäglich mittags. - Bezugspreis: durch Boten frei Haus monatlich 2,70 RM (vorauszahlbar) einschl. 30 Pfg. Botenlohn, durch die Post 2,70 RM auschl. Bestellgeld - Anzeigenpreise: für die Postauflage...

„Der Faschismus ist fest verantwortl.“

Ch. Paris, 25. Mai. (Sig. Ber.) Der „Matin“ meldet aus Rom: Mussolini hat nach Erhalt der Telegramme aus Buenos-Aires die faschistischen Pressevertreter empfangen und ihnen erklärt: Dem internationalen Kampf gegen den siegreichen Faschismus werde ich Gegenmaßnahmen entgegenstellen. Auch für den Fall meines Todes ist das Fortbestehen des Faschismus fest verantwortl.

Widerlegte Anschuldigungen

Ein früheres Mitglied der F. M. K. über die Rhosgenkatastrophe.
WZB. Paris, 25. Mai. Der frühere Sachverständige für chemische Fragen in der Interalliierten Militär-Kontrollkommission in Berlin, jetziger Chefingenieur Henry Muraud, nimmt im „Matin“ Stellung zu der Hamburger Explosion. Seine Behauptungen sind eine einwandfreie Antwort auf die Frage, die gewisse nationalistische Partier Blätter bereits gegen Deutschland einzuwickeln versuchten, um zu der alten und längst verbrauchten Formel „Deutschland nicht erwäfnet“ zurückzukehren zu können.

Der 11. August als Nationalfeiertag

WZB. Berlin, 25. Mai. Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen Sitzung den Antrag Preußens, den 11. August als Nationalfeiertag zu erklären, mit 47 gegen 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen an. Die Frage, ob der Gesetzentwurf verfassungsändernden Charakter habe, wurde mit 52 gegen 11 Stimmen bei 5 Enthaltungen verneint.

Bayerns Bedenken

Der bayerische Gesandte von Preger gab im Reichsrat die Erklärung ab, daß der bayerischen Regierung die Zustimmung zum Gesetzentwurf ganz besonders auch dadurch unmöglich gemacht werde, daß die im § 2 der Vorlage angeordnete Pflicht zur Beflagung der öffentlichen Gebäude und zur Abhaltung von Schulfeiern einen schweren Eingriff in die Verwaltungshoheit bedeute. In der Verfassung befindet sich keine Bestimmung, aus der diese Befugnis abgeleitet werden könne.

Der Reichsrat stimmte ferner der von der Reichsregierung vorgelegten Uebersicht über die den Gemeinden zu zahlenden Sätze zur Deckung der ihnen aus Vorbereitung und Durchführung der Reichstagswahl am 20. Mai erwachsenden Aufwendungen ... einigen Änderungen zu.
Berichterstatler, bayerischer Staatsrat Dr. von Mühlstein, berichtete über Vorschläge der Ausschüsse zur Abänderung von Geschäftsordnungsbestimmungen für den Reichsrat. Die wichtigste darunter ist, daß in Zukunft über Vorgänge in den Ausschüssen des Reichsrates im Reichstag berichtet werden kann, jedoch nicht darüber, welchen Standpunkt ein Land oder ein Bevollmächtigter eines Landes oder die Reichsregierung in den Reichsratsausschüssen eingenommen hat, es sei denn, daß diese ausdrücklich damit einverstanden seien.

Der Kampf um die Donau

Allem Anschein nach verbessern sich die Aussichten für die Rentabilität der Donauochifahrt. Wenigstens läßt der Kampf darauf schließen, der zwischen den an der Donau interessierten Staaten seit einiger Zeit neu entbrannt ist. Grob rum läßt sich erwarten, daß eine Regemonfestellung zu verschaffen ist. Über auch Jugland will aus der Reihe der Donaustaaten nicht aussteigen, weil es auf Westarabien nicht verzichtet hat und immer noch hofft, eines schönen Tages auch selber wieder an der Donaumündung seine Fische zu fischen. Umso verbittert vertritt Rumänien seine Interessen in der neuen Donaukommission, die es übrigens aber eigentlich mehr als unbedeutende Einsparung seiner Souveränität empfindet. Die Donaumündung ist Zeitgebiet und deshalb schwer fischbar zu halten. Für größere Schiffe ist die Mündung erst seit der internationalen Partier Akte von 1856 befahrbar gemacht worden. Rumänien hätte aus eigenen Kräften diese Leistung nicht vollbringen können und selbst dem Groß-Rumänien von heute sollte es wohl schwer fallen, allein die Kosten für die Reguierung auch nur des rumänischen Teiles der Donau zu tragen. Es hätte also allen Grund, der internationalen Kommission dankbar zu sein, durch welche die Lasten der Donaureguierung auf die verschiedenen Interessenten verteilt werden. Eher hätten schon andere Staaten ein Recht sich zu beklagen. Haben doch vor allem nach Abschluß des Weltkrieges die Friedensverträge den früheren Zustand verhehrt: Die Türkei, Ungarn, Deutschland und der Tschechoslowakei wurde das Stimmrecht genommen, während die garnicht an der Donau liegenden Großmächte Großbritannien, Frankreich und Italien sich Zeh und Stimme in der Kommission gesichert haben.

WZB. Berlin, 25. Mai. In der gestrigen Kabinettsitzung ist das Unheil zur Sprache gekommen, das in Hamburg durch die Explosion eines Rhosgenkants verursacht worden ist. Neben dem tief bedauerlichen Schicksal der von dem Unglück betroffenen Personen lag für das Kabinet der Anlaß zur Prüfung der Angelegenheit in den Vorschriften, die das bekannte Kriegsgesetz vom Juli 1927 über die Herstellung von Giftgasen und den Handel damit enthält. Das Kabinet nahm den Bericht des Reichswirtschaftsministers über die von den zuständigen Hamburger Stellen sofort nach dem Vorfall eingeleiteten Untersuchungsmahnahmen entgegen. Er teilte mit, daß er wegen der weitreichenden Bedeutung des Voralles auch von sich aus einen Sachverhandlung seines Ressorts nach Hamburg entsandt habe.

Zwischenfälle in Innsbruck

Ch. Wien, 25. Mai. In Innsbruck haben sich gestern anläßlich des 10-jährigen Gedenktages der italienischen Kriegserklärung an Oesterreich Zwischenfälle ereignet. Der Bundeskanzler Seipel hat den Gesandten in Rom beauftragt, Mussolini persönlich das Bedauern der österreichischen Regierung über die Vorgänge in Innsbruck auszusprechen. In Wien befürchtet man Auswüchungen der Vorgänge in Innsbruck. Es scheint festzustehen, daß die Polizei in Innsbruck bis zum späten Abend weder die Täter noch die Anstifter des Angriffs auf die italienische Flagge ermitteln konnten.

Beneschs Berliner Unterhaltungen

WZB. Berlin, 25. Mai. Die Anwesenheit des jugoslawischen Außenministers Dr. Benesch, der von einer längeren Erholungsreise im Ausland über Berlin nach Prag zurückkehrt, hat Gelegenheit geboten, die laufenden, deutsch-italienischen und die jugoslawisch-gemeinsam interessierenden Fragen zum Gegenstand einer Aussprache zu machen, die in Gesprächen zwischen Dr. Stresemann und Dr. Benesch stattgefunden haben. Die Berliner Unterhaltungen sind in Vertretung des erkrankten Reichsaußenministers von Staatssekretär von Schubert geführt worden. Außerdem ist Dr. Benesch auch von Reichsminister Dr. Marx empfangen worden.

Italienische Probotation

WZB. Innsbruck, 25. Mai. Gestern fand in Italien die Feier der 10-jährigen Wiederkehr des Tages der Kriegserklärung an Oesterreich statt. Aus diesem Anlaß hatte auch das italienische Konsulat in Innsbruck die Trikolore gehißt, was schon in den früheren Morgenstunden von der Bevölkerung als eine Provokation empfunden wurde. Um 10 Uhr vormittags marschierte ein großer Teil der Studentenschaft der Innsbrucker Universität im geschlossenen Zuge vor dem Konsulat auf, wo die Studenten nationale Lieder sangen und sich in lebhaften Psalmen-Rufen ergingen. Der Polizei gelang es, die Studenten abzurängen. Ein großer Teil der Studenten begab sich dann in das Kaffee „München“, das sich im gleichen Hause befindet wie das italienische Konsulat und holte von dort aus die Trikolore herunter.

meist des Konsulats, etwa 150 Mann, begrüßt wurde, bemächtigte sich der Menge eine große Empörung, die sich in lauten und stürmischen Rufen gegen Italien Luft machte. Nachdem die Bundeswehr abgezogen war, stimmte die Menge das Andreas-Hofer-Lied an. Die Straße ist nach wie vor gesperrt, doch dauern die Ansammlungen hinter der polizeilichen Absperrung nach wie vor an.

Nach nachdem die italienische Flagge vom italienischen Konsulat heruntergerissen war, legte der italienische Generalkonsul Riccardi beim Landeshauptmann und beim Bürgermeister der Stadt Innsbruck Protest ein. Landeshauptmann Dr. Stumpf begab sich in das italienische Konsulat, um wegen des Zwischenfalles die Entschuldigung der Landesregierung vorzubringen. Die Geleer-Straße, in der sich das italienische Konsulat befindet, ist außerdem durch Polizei abgeperrt. Um 1.15 Uhr marschierte vor dem italienischen Generalkonsulat ein Zug der Bundeswehr auf. Durch ein Organ der Landesregierung wurde die Trikolore emporgesogen, worauf die Bundeswehr, die Grenzbezugung leitete. Die riesige Menge, die dies beobachtet, verhielt sich zunächst vollständig still. Als aber von den Zim-

Neue Demonstrationen

WZB. Innsbruck, 25. Mai. Auch in den späteren Abendstunden bildeten sich immer wieder kleinere Gruppen von Demonstranten, die vergeblich versuchten, zum italienischen Konsulat zu gelangen. Das in auswärtigen Blättern verbreitete Gerücht, daß die italienische Fahne am Konsulat ein zweites Mal niedergeholt worden wäre, ist völlig unrichtig. Die Demonstranten gelangten infolge der starken Absperrmaßnahmen nicht einmal in die Straße, in der das Konsulat liegt.

Eine Revision dieser Verfassung der neuen Donaukommission ist absolute Notwendigkeit. Die Verhältnisse werden auch ohne Zweifel dahin führen: die Beteiligung der genannten Großmächte kann man dabei ruhig lassen. Denn tatsächlich ist die Donauochifahrt mehr als ein Interesse bloß der Uferstaaten. Man darf sie als eine europäische Frage bezeichnen, zumal die Pläne der Abeln-Main-Donau-Verbindung sich schriftliche der Verwirklichung nähern und damit eine Wasserstraße von Rotterdam bis Bratka, von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer quer durch ganz Europa geschaffen würde. Es ist also gar kein Fehler, wenn möglichst alle europäischen Staaten ihr Interesse an einer so wesentlichen internationalen Kultur- und Handelsstraße zeigen.

Über gerade von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, ist es auf die Dauer untragbar, daß man europäische Staaten, und noch dazu Staaten, die ein vitales Interesse an der Lösung der Donaufrage haben, von der Mitarbeit an dieser europäischen Handels- und Verkehrsaufgabe ausschließen will. Die Donau wird das erste große Beispiel dafür sein können, daß die europäischen Flusswasserstraßen nur durch internationale Reguierung voll ausnützlich gemacht werden können. Was in dieser Beziehung der deutschen Flussochifahrt einseitig an Bedingungen auferlegt ist, wird sich im Laufe der Entwicklung auch für andere Stromgebiete als notwendig erweisen, deren Gewässer über verschiedene staatliche Grenzen hinweggehen.

Zehr zu begrüßen ist es, daß der Zeh der neuen Donaukommission nicht festgelegt wurde, sondern nach einem gewissen Turnus wechselt sein soll. Unipartialis hat sich die Kommission unter Leitung des englischen Admirals Troubridge in Budapest so wohl gefühlt, daß sie dort garnicht mehr weh wählte. Ungarn hat auch selber durch staatliche Subventionen für die Schifffahrt keine Stellung an der Donau auszubauen versucht. Es haben aber dann die übrigen Donaustaaten protestiert und den fünfjährigen Turnus erreicht. Bis vor kurzem ist Reichsminister Kommissionschef gewesen. Seit ist es Wien geworden. Man darf das wohl als einen Erfolg der österreichischen Vertreter betrachten, durch den die zentrale Bedeutung Wiens für die Donauochifahrt klar unterfunden wird. Hat doch von Wien aus die Donauochifahrt überhaupt ihren Anfang genommen. In der Hofburg hat sich die Kommission nunmehr häuslich eingerichtet. Nicht wäre allerdings ein großzügiger Ausbau des Wiener Donauhafens und die Anlage eines Freihafens. In Wien verbindet sich die Straße und die westliche Kultur Europas. Hier haben alle Donauochifahrer von alterer das Zentrum ihres Kultur- und Warenverkehrs gefunden. Es sind die elementaren natürlichen Verhältnisse, die der Stadt Wien ihre Position an der Donau sichern.